

Holzmarkt

Preise und Nachfrage auf Rekord-Niveau!

Im Jahr 2025 war bisher ein massiver Rückgang an Kalamitätsholz zu verzeichnen. Die Prognose, bezogen auf Deutschland, liegt im Jahr 2025 mit 14,5 Mio. fm rund 37% unter dem Schadholzanfall des Jahres 2024.

In Folge des daraus resultierenden, unterdurchschnittlichen Rundholzangebotes und einer hohen Nachfrage nach Nadelfrischholz, kam es zu einer spürbaren Marktbelebung. Im Vergleich zu den Vorjahren sind die Preise für Kurzholz Fichte im Sommer nicht zurückgegangen, sondern stetig gestiegen. Die Verträge wurden im Verlauf des Jahres immer wieder nach oben angepasst. Inzwischen liegen die Preise für frisches Fichtenstammholz auf dem höchsten Niveau der letzten drei Jahrzehnte. Nutzen Sie diese Chance, um Ihre Waldkasse aufzubessern! Schlechte Zeiten und Schadholz gab es schon genug.

Vorbehaltlich eventueller Änderungen gelten aktuell folgende Abnahmekonditionen:
Es handelt sich um Tagespreise (Stand: Okt. 2025, zzgl. gesetzl. MwSt., abzgl. Skonto, ggf. entsprechenden Qualitätsabschlagen, gilt i.d.R. im Leitsortiment Stärkeklasse L 2b)

- Fixlängen 2b, Qualität B/C 122,00 €/fm,
- Stammholz 2b+, Qualität B 128,00 €/fm (Mengen unbedingt vorher anmelden)
- Weitere Sortimente, bzw. Optionen erfragen Sie bitte direkt bei Ihrem Obmann oder in der Geschäftsstelle

Terminankündigung Gebietsversammlungen 2025

Im Herbst 2025 führt die WBV Landsberg wie immer zwei Gebietsversammlungen zu folgenden Themen durch:

- Informationen zum Holzmarkt
 - Aspekte zum Dauerwald, AELF
 - Baumschule Haage
- Vorstellung des Betriebs und Informationen zum Thema Forstpflanzen

Mittwoch, 12.11.2025	Gasthof „Alter Wirt“, Eresing
Mittwoch, 19.11.2025	Gasthof „Mitschke“, Reichling

Versammlungsbeginn jeweils um **19.30 Uhr**.

Forstpolitik

Bundeskongress für Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse

Ende September wurde der 24. Bundeskongress für Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse in Berlin abgehalten. Erneut wurde massiv die Forderung an die Politik gestellt, den Rahmen für eine „fach- und sachgerechte Politik im Kleinprivatwald“ zu schaffen. Wir benötigen geeignete Rahmenbedingungen, die darauf ausgerichtet sind, die nachhaltige Waldbewirtschaftung und die Holzmobilisierung gezielt zu stärken. Das Potenzial des deutschen Waldes für Klimaschutz und regionale Wertschöpfung muss vermehrt ausgeschöpft werden. Dies sind die zentralen Botschaften des Kongresses.

EUDR (Entwaldungsfreies Lieferkettengesetz)

Der Start für die EUDR wird voraussichtlich aufgrund mangelnder IT-System-Leistung durch die EU erneut um ein Jahr verschoben. Dies lässt die Hoffnung aufkommen, dass die großen inhaltlichen Schwächen und zahlreichen Umsetzungsfragen des Bürokratiemonsters EUDR mit dieser Notbremse nochmals auf dem Tisch liegen und überdacht werden. Die unnötigen Belastungen müssen vom Waldbesitzenden abgewendet werden und ein regionaler Ansatz mit einer Null-Risiko-Variante mit einem Verzicht auf betriebsindividuelle Nachweispflichten bei vernachlässigbarem Entwaldungsrisiko eingearbeitet werden, so Prof. Andreas Bitter als Präsident der AGDW.

W-VO (EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur)

Die AGDW – Die Waldeigentümer kritisieren die W-VO kritisch als realitätsfern, nicht zukunftsfähig sowie untauglich für die Forstpraxis und als nicht ausreichend finanziert. Der Umbau der Wälder hin zu stabilen Mischwäldern mit mehr Baumarten, der allgemein gefordert und gefördert wird, wird durch die W-VO ausgebremst werden. Wichtige Fragen zur Interpretation der W-VO, zu Umsetzung der Maßnahmen und zur Finanzierung der Administration und des Monitorings sind noch offen. Gleichzeitig wird das Verfahren sehr schnell vorangetrieben, ohne eine echte Mitwirkung der Flächeneigentümer sicherzustellen – es handelt sich faktisch um eine „Null-Beteiligung“, da es derzeit nichts gibt, woran die Waldeigentümer tatsächlich beteiligt würden. Die starren Vorgaben der Verordnung berücksichtigen nicht, dass sich die Wälder durch den Klimawandel ständig verändern. Das gefährdet die nachhaltige und klimastabile Bewirtschaftung der Wälder und führt zu rechtlichen Unsicherheiten und Eingriffen in das Eigentum.